**Abonnementspreis**
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

**Redaction und Expedition:**
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

**Filialen:**
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

# Morgen-Ausgabe.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

**Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.**

**Insertionspreis**
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

**Extra-Beilagen** (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

**Annahmeschluß für Inserate:**
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 376. **Donnerstag** den 12. November 1891. 85. Jahrgang.

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Wegen des gegenwärtig begonnenen Umbaues des Scheller'schen Grundstücks, Reichsstraße Nr. 6, wird
**das Schuhmachergäßchen**
auf die Dauer der Abtheilungsarbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, am 10. November 1891.
**Der Rath der Stadt Leipzig.**
IX. 13251. Dr. Trändlin. Leistner.

### Bekanntmachung.

Die Lieferung der im nächsten Jahre zu der Unterhaltung und Ergänzung städtischer **Schleusen** erforderlichen Materialien, als **Kalk, Cement, Thonröhre** und verschiedene **Steinmetzartikel** ist an mehrere Unternehmer verdungen worden.

Die Bedingungen für diese Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰ entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
**„Lieferung von Schleusenbau-Materialien im Jahre 1892"**
versehen ebendaselbst, und zwar bis zum 30. dss. Mts. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 10. November 1891.
**Des Raths der Stadt Leipzig**
Lc. 6011. **Straßenbau-Deputation.**

### Gesucht

wird der am 6. Januar 1859 zu Sellerhausen geborene Cigarrenarbeiter
**Ernst Gustav Rothe,**
welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, am 4. November 1891.
**Der Rath der Stadt Leipzig.**
**(Armen-Amt.)**
A. R. VI. 5551. Hentschel. Frke.

### Bekanntmachung.

Laut erstatteter Anzeige zufolge wohnt die Leichensteuer des 1. nördlichen Bezirks des Stadttheiles Leipzig-Connewitz,
**Frau Wilhelmine Klöppel,**
jetzt Schillerstraße Nr. 15 daselbst, was wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Leipzig, den 5. November 1891.
**Der Rath der Stadt Leipzig.**
VIII. 3878. Dr. Georgi. Dietrich.

## Das Lordmayorsbanket in London.

Englands Politik, aus der internationalen Lage des Festlandes Nutzen zu ziehen, ist selten so klar hervorgetreten als bei dem Lordmayorsbanket am 9. November. George Hamilton, der erste Lord der Admiralität, und der Ministerpräsident Lord Salisbury haben ihre Bemühungen vereinigt, um zu beweisen, daß Englands Enthaltung von der Theilnahme an allen Streitigkeiten der Staaten des Festlandes die für England vortheilhafteste Politik sei. Die dringendste Sorge Englands für die Zukunft ist die Sicherung des Besitzes von Egypten, und diese hängt hauptsächlich von der Haltung Frankreichs ab. Deshalb feierte Lord Hamilton den Besuch des französischen Geschwaders in Portsmouth als das politische Hauptereigniß der jüngsten Vergangenheit. Er sprach von der Aufrichtigkeit des Wohlwollens Englands für die große Nation und gab damit zugleich die Antwort auf die Budgetrede Ribot's, in welcher der französische Minister des Auswärtigen Verhandlungen mit England über Bürgschaften für die Neutralität Egyptens in Aussicht gestellt hatte. Rußlands geschah keine Erwähnung, das Streben, über die Beziehungen Englands zu Rußland Schweigen zu bewahren, war sogar auffallend. Um so mehr zeigt sich Lord Salisbury bemüht, die Nothwendigkeit des fernern Verbleibens der englischen Truppen in Egypten darzuthun und damit zugleich die Nutzlosigkeit der vom Ribot beabsichtigten Unterhandlungen klar zu stellen.

Lord Salisbury ist sich des Widerspruchs bewußt, in welchem seine neuesten Eröffnungen über die Zukunft Egyptens mit früheren Erklärungen der Regierungs-Vertreter stehen, er sucht aber alle Schuld an der Meinung, daß England Egypten zu räumen beabsichtige, auf seine Vorgänger abzuwälzen. Dieses Beginnen ist vergeblich, denn auch unter Salisbury hat der Vertreter der Regierung in beiden Häusern des Parlaments wiederholt erklärt, daß England Egypten räumen werde, sobald die finanzielle Ordnung und die Sicherheit des Gebietes in Egypten hergestellt sei. Salisbury kann selbst nicht leugnen, daß der Zustand Egyptens heute kaum etwas zu wünschen übrig läßt, er ist aber nicht um Gründe für die Fortdauer der Besetzung verlegen, das Cabinet könne nicht gestatten, daß der erzielte Erfolg in Frage gestellt werde und daß Egypten in Anarchie zurückfalle. Dabei will Salisbury die türkische Suzerainetät über Egypten aufrecht erhalten, aber vorher Egypten in den Stand setzen, allen Angriffen selbstständig die Spitze zu bieten und alle innern Unruhen zu unterdrücken.

Das sind leere Redensarten, unter welchen sich die Absicht verbirgt, Egypten dauernd mit England zu vereinigen. Damit ist aber die Sache nicht abgethan, denn Frankreich dringt fortdauernd energisch auf Räumung Egyptens, und die Türkei macht sich diese Sachlage zu Nutze, um unausgesetzt die Befreiung des egyptischen Gebietes von den englischen Truppen zu verlangen. Der Dritte im Bunde ist Rußland, welches seine Blicke auch stets auf den Suezcanal gerichtet hält, weil er später einmal große Wichtigkeit für diese Macht gewinnen kann.

Der italienische Gesandte Tornielli ergänzte die Aeußerungen Salisbury's, indem er die innigen Beziehungen zwischen England und Italien als das wirksamste Pfand für den europäischen Frieden bezeichnete. Das war eine Ueberschätzung dieses Verhältnisses, welche aber durch den Anlaß ihre Entschuldigung findet. Herr Tornielli meinte offenbar, daß durch das Zusammenwirken der englischen und italienischen Flotte eine werthvolle Bürgschaft für die Erhaltung des bestehenden Zustandes im Mittelmeer geboten sei. Diese ist aber noch nicht gleichbedeutend mit der Bewahrung des europäischen Friedens, welcher jeden Augenblick durch irgend einen Zwischenfall an der russischen oder französischen Grenze gestört werden kann.

Lord Salisbury faßt die Sache weit kühler auf, er hält sich an die glückliche Lage des Besitzers und weist mit Stolz auf die Erfolge der englischen Politik in Egypten hin. Diese Sicherheit ist aber nur eine scheinbare, denn England kann sehr leicht in die Lage kommen, seinen egyptischen Besitz mit den Waffen in der Hand vertheidigen zu müssen. Es ist sogar mit Sicherheit anzunehmen, daß England einem gemeinsamen diplomatischen Schritt Rußlands, Frankreichs und der Türkei seinen Widerstand entgegensetzen und Egypten einfach räumen würde. Zu einem solchen Schritt liegt augenblicklich kein dringender Anlaß vor, aber Salisbury hätte besser gethan, die Absicht Englands, in Egypten zu bleiben, nicht allzu scharf zu betonen, der Besitz wird dadurch nicht sicherer und das angebliche Recht zur Verlängerung der Occupation nicht besser. Die egyptische Streitfrage ist gegenwärtig noch eine Frage zweiten Ranges, aber die Entwickelung kann ihr eine Bedeutung verschaffen, welche sie zur Entscheidung stellt. Die englische Flotte ist freilich eine Achtung gebietende Macht, aber England hat keine Landtruppen, die es Rußland in Asien gegenüber stellen könnte. Dieser Mangel sollte den englischen Ministerpräsidenten zur Vorsicht mahnen, daß er nicht den Unwillen der Mächte erregt, auf deren Nachsicht und Duldung er bei fernerer Ausübung des Besitzrechts in Egypten angewiesen ist.

Salisbury hat in seiner Rede noch einen Ausspruch gethan, welcher die englische Handelspolitik beleuchtet. Er nannte Englands Aussichten in dem gegenwärtigen Handelskriege verheißungsvoll. Zeitweilig werde England eine isolirte Stellung einnehmen, aber der Sieg der Schutzzöllner in Amerika komme dem englischen für den Freihandel eingenommenen Handelsstande zu Gute. Also auch hier waltet das Streben Englands vor, aus dem Wettstreit der übrigen Nationen Vortheil zu ziehen, nicht Partei zu ergreifen, sondern von einer bevorzugten Stellung aus den Hauptgewinn aus dem Kampf der verschiedenen Interessen zu ziehen. Es läßt sich dagegen nichts einwenden, daß jede Nation zunächst ihre eigenen Interessen berücksichtigt, aber die schrankenlose Selbstsucht, welche Englands Politik beherrscht, macht den Widerstand der übrigen Nationen rege; es ist natürlich, daß eine Nation die Sympathien einflößt, welche man dem Theilhaber an Freud und Leid entgegen bringt, und daß eine Macht, welche in der Isolirung ihren Triumph findet, dann auch genöthigt wird, die volle Wirkung der Vereinsamung an sich zu erproben.

Englands Politik ist darauf gerichtet, nicht nur stets den eigenen Vortheil wahrzunehmen, sondern auch auf Kosten der übrigen Nationen sich zu bereichern. Die Engländer betrachten sich als die berufenen Herren der Welt, sie führen stets das große Wort, wenn es aber auf Leistungen ankommt, dann sind sie nicht zu Hause. Egypten wollen sie behalten und Afrika wollen sie beherrschen von Alexandrien bis Capstadt. Sie erheben Einspruch gegen die russische Schutzherrschaft über Bulgarien, gegen die Besetzung Konstantinopels und gegen Besitz-Veränderungen im Mittelmeer, sie haben Indien im Besitz und haben Einleitungen getroffen, um in China eintretenden Falls gleicherweise die Hauptrolle zu spielen; sie haben Birma ihrem Besitze einverleibt und üben die Herrschaft in Australien aus, aber sie wollen mit verschränkten Armen dem großen Kampfe zuschauen, der sich auf dem europäischen Festlande vorbereitet. Das ist eine Politik der Zersetzung, welche auf die Dauer nicht Bestand haben kann. England wird es eines Tages schmerzlich empfinden, daß es sich mit allen Mächten verfeindet hat, weil es die Freundschaft aller sucht, ohne dafür irgend eine Gegenleistung zu bieten. Italien setzt gegenwärtig große Hoffnungen auf die englische Freundschaft, es wird sich aber eines Tages ebenso enttäuscht finden, wie andere Länder, welche ebenfalls eine freundschaftliche Verbindung mit England angestrebt haben. *

## Leipzig, 12. November.

* Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die dem Bundesrathe zugegangenen Gesetzentwürfe, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats von 1892 zu 93; betreffend einen zweiten Nachtrag zum Reichshaushaltsetat von 1891/92; betreffend die Aufnahme einer Anleihe für die Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen. Ferner ist dem Bundesrathe die Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches von 1891 vorgelegt worden. Die Soll-Einnahmen des ordentlichen Etats betragen 1 105 462 991,67 ℳ, des außerordentlichen Etats 527 046 295,38 Mark. Die Soll-Ausgaben des ordentlichen Etats beziffern sich auf 1 090 314 790,24 ℳ, des außerordentlichen Etats auf 527 046 295,38 ℳ. Die Ueberschüsse stellen sich demnach auf 15 148 201,43 ℳ. Die Etatüberschreitungen betragen bei den Ausgaben 110 463 901,71 ℳ, bei den Einnahmen 7 970 117,47 ℳ.

* In verschiedenen Blättern war mit kleinen Variationen berichtet worden, Fürst Bismarck habe auswärtige und deutsche Regierungen beeinflußt, um den allzu raschen Gang der Arbeitergesetzgebung zu verlangsamen. Nach der Münchner „Allgemeinen Zeitung" hat diese Absicht bei verschiedenen deutschen Regierungen nicht nur vom vornherein festgestanden, sondern — nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck — auch ihre praktische Bethätigung, und zwar unter Zustimmung der bisherigen Collegen des Fürsten Bismarck, wenn nicht auf deren Initiative, gefunden.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" constatirt, daß die Petition der Städte an den Reichstag gegen das Telegraphengesetz, dessen Annahme seitens des Reichstages zuverlässig erwartet werden dürfe, auf beinahe unerklärlichen Mißverständnissen beruhe. Das Telegraphengesetz gebe dem Reiche nur rechtlich das bereits factisch bestehende Telegraphenregal, beschäftige sich aber in keiner Weise mit Starkstromanlagen, Beleuchtungsanlagen oder mit der technischen Industrie. Das Reich erhalte durch das Gesetz kein größeres Recht über die Straßen, als es jetzt schon hätte. Sobald der Gesetzentwurf über die Herstellung elektrischer Anlagen an den Reichstag gelange, möge die elektrotechnische Industrie ihre Ansprüche geltend machen.

* Die „Weff. Ztg." schreibt Folgendes: Man muß bekennen, daß die gegenwärtige Regierung je länger, desto mehr dem Schicksal verfällt, sich Freunde zu entfremden, ohne Ersatz zu gewinnen. Die Rechte ist durch eine ganze Reihe von Maßnahmen, besonders auf wirthschaftspolitischem Gebiete, verstimmt und in eine Stellung gedrängt worden, in welcher sie besten Falls auf einen Angriff verzichtet, sicher aber nicht daran denkt, der Regierung Hilfe zu bringen. Von einer Unterstützung durch die Linke kann, da sich besonders Herr von Caprivi gegen die freisinnige Partei immer stark ablehnend verhält, nicht füglich die Rede sein; der Liberalismus giebt sich auch darüber keiner Täuschung hin, daß er so wenig „regierungsfähig" ist, wie je zuvor. Aber auch in der nationalliberalen Partei, deren Führer, Herr Miquel, dem Ministerium angehört, nimmt das Mißbehagen immer weiteren Umfang an. Vorzugsweise hat dort die Ernennung des Herrn von Stablewski zum Erzbischof von Posen-Gnesen peinlich berührt. Der „Hannov. Cour.", der auf die Anschauungen des Herrn von Bennigsen Rücksicht zu nehmen pflegt, meint, wenn man glaube, von einem Erzbischof polnischer Nationalität Vortheile in einem Kriege zwischen Deutschland und Rußland zu ziehen, so werde der preußische Staat der Geprellte sein. Das Blatt fährt fort:

„Die politischen Speculationen, durch welche man sich die neueste Wendung in der polnischen Politik der Regierung zu erklären sucht, sind unseres Erachtens haltlos, soweit sie die Gegenwart betreffen und nicht minder in ihren Beziehungen auf die Zukunft. Diese Anschauung beherrscht die weitesten Kreise unserer Nation und müßte, namentlich wenn sich im Zusammenhang damit ein ähnliches Entgegenkommen gegen Forderungen des Centrums zu einem System des Mißbehagens und der Niedergeschlagenheit hervorrufen, dessen parlamentarische Wirkungen jedenfalls viel sicherer zu berechnen sein würden, als alle Transactionen mit dem Centrum und mit den Polen."

* In der Begründung des der preußischen Generalsynode vorgelegten Entwurfes eines Kirchengesetzes über den Buß- und Bettag heißt es:

Das Haus der Abgeordneten hatte am 17. Juni zu dem von der Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurf, der den Bußtag auf den Freitag nach dem letzten Trinitatis-Sonntage verlegen wollte, dem Antrage seiner Commission gemäß beschlossen: „In Erwägung, daß der Gesetzentwurf eine den beiden christlichen Bekenntnissen gemeinsame Feier eines Buß- und Bettages nicht sicherstellt, daß dagegen bei seiner Annahme voraussichtlich in verschiedenen Landestheilen zwei Tage der gewerblichen Thätigkeit entzogen werden müßten, — in fernerer Erwägung, daß der in dem Gesetzentwurf in Vorschlag gebrachte Tag (Freitag) vielfeitig als Feiertag nicht geeignet erscheint, daß aber andererseits das Bedürfniß nach Vereinigung der verschiedenen Buß- und Bettage auf einen gemeinsam zu feiernden Tag anerkannt wird — 1) den Gesetzentwurf, betreffend die Verlegung der Landes-Buß- und Bettage abzulehnen; 2) der königl. Staatsregierung anheimzustellen, mit den betreffenden Landesregierungen und Kirchenbehörden beider Confessionen erneut in Verhandlung zu treten und dabei eine Vereinigung zu gemeinsamer Feier auf einen Tag gegen Schluß des Kirchenjahres, womöglich in der vorletzten Woche auf einen Mittwoch, in Aussicht zu nehmen." — Auf Grund der Beschlüsse des Hauses der Abgeordneten hat die königl. Staatsregierung die weitere Verfolgung der Sache sofort in die Hand genommen. Nach einer Mittheilung des Herrn Ministers der geistlichen Angelegenheiten hat derselbe sich mit dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten in Verbindung gesetzt, um mit den Landesregierungen der in Betracht kommenden Bundesstaaten eine neue Vereinbarung im Sinne jener Beschlüsse zu Stande zu bringen, und beabsichtigt mit den Bischöfen der katholischen Kirche von Neuem in Verbindung zu treten. Die Generalsynode wird, falls sie dem vorgelegten Gesetzentwurf ihre Zustimmung ertheilt, auch die Erwartung des evangelischen Oberkirchenraths theilen, daß nach erfolgter Vereinbarung der evangelischen Kirchenregierungen in Norddeutschland der staatliche Schutz für den kirchlicherseits angenommenen Tag nicht versagt werden wird, auch wenn die katholische Kirche in ihrer ablehnenden Haltung gegen Verlegung des bisherigen Feiertages beharren sollte.

* Aus Jena wird uns vom 10. November geschrieben: In der gestrigen Versammlung des nationalliberalen Reichsvereins hielt Herr Rechtsanwalt Dr. Zeiß Vortrag über die Zusammensetzung des weimarischen Landtages und das Wahlgesetz für denselben. An den Vortrag, welcher eine Reform des veralteten Wahlgesetzes befürwortete, knüpfte sich eine angeregte Discussion an, in welcher der Wunsch nach Erlaß eines neuen, den veränderten Zeitverhältnissen Rechnung tragenden Wahlgesetzes lebhaft zum Ausdruck kam. Die einzelnen gemachten Vorschläge zur Abhilfe werden den Verein später beschäftigen.

* In der „Zeitung für Hinterpommern" finden wir unter der Ueberschrift: „Kleine Ursachen — große Wirkungen" einen Artikel, der sich mit der Stolper Wahl befaßt. Wir entnehmen daraus die folgende Schilderung der freisinnigen Wahlmache, die in jenen Kreisen getrieben ist:

„Die Mittel, welche die Gegner bei der Bearbeitung des Wählers anwandten, der durch ungünstige Verhältnisse auf das beste vorbereitet war, sind der Individualität des zu Bearbeitenden im einzelnen Falle recht geschickt angepaßt gewesen. Der Bauer wurde mit „Freiheit", der Arbeiter mit „höherem Lohn" geködert, allen aber versprach man billige Lebensmittel und — billigen Branntwein! Das wird sogar von gegnerischer Seite zugegeben. Die „National-Zeitung" schreibt wörtlich: „Die ländlichen Tagelöhner, die früher fast ausnahmslos der von ihren Gutsherren ausgegebenen Wahlparole willig oder unwillig folgten, haben sich diesmal infolge der in Wort und Schrift so heftig betriebenen Agitation der Deutschfreisinnigen von ihren Arbeitgebern abgewandt, in der Hoffnung, dadurch billigeres Brod und „billigen Schnaps" zu erhalten.

Es mag übertrieben klingen, aber es ist Wahrheit: Einem großen Theil der Wähler hat ein deutschfreisinniges Paradies vorgeschwebt, zu dessen Hauptsächlichkeiten lustig sprudelnde Schnapsquellen gehörten, welche ihr Product möglichst billig darbieten. Es cursirt hier bereits eine große Menge Anekdoten, die sich auf diesen Punct beziehen, und die von anderen den Vorzug haben, wohl zum größten Theile wahr zu sein. Ein Landmann z. B. verlangt in einer Restauration einen Liter Branntwein und legte 30 ₰ auf den Tisch des Hauses. Gastwirth: „Das Liter kostet 2 ℳ." Käufer: „Na nu, wie heuern doch Tau wählt, da müß doch de Branntwein billig werden!" Gastwirth: „Na, beruhigen Sie sich, so schnell geht das nicht!" In Tagelöhnerkreisen soll sich schon jetzt Enttäuschung einstellen über das Ausbleiben von Schnapsladungen mit Reis, Kaffee u. s. w., lauter schönen Dingen, welche man ihnen in Aussicht gestellt hatte, wenn sie den Freisinnigen wählen würden!

* Dem „Elsäßer Journal" wird aus Mülhausen geschrieben: „Die Ausweisung des Herrn Eduard Gros, des großen Wesserlinger Fabrikanten, hat in der hiesigen Geschäftswelt, wo Herr Gros von Jedem gekannt war, große Aufregung hervorgerufen. Die Ueberraschung war eine um so größere, als, wie hier Jedermann weiß, Herr Gros von jeher auf das Peinlichste Alles vermieden hat, was als politische Tactlosigkeit gedeutet werden könnte. . . . . Es scheint festzustehen, daß Herr Gros, der sich nicht um Politik kümmert, an dem betreffenden Tage zufällig in Bussang anwesend war. Herr Gros besitzt eine Spinnerei in Thillot und in Folge dessen muß er sich des öfteren nach dem Vogesen-Departement begeben, was seine Anwesenheit in Bussang leicht erklärt. Dort, wo er als Großindustrieller ebenso bekannt ist wie im Elsaß, wurde er nun zu dem Feste eingeladen." . . . . Soweit der Bericht des „Elsäßer Journals". Wir glauben, fügt die „Straßb. Post" hinzu, man kann der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen das Vertrauen schenken, daß sie die Angelegenheit ebenso gründlich untersucht hat, wie dies seitens der Mülhauser Geschäftswelt geschehen ist. Der verhältnißmäßig nicht unbedeutende Zwischenraum, der zwischen der Ausweisung des Herrn Gros und dem Vorfalle in Bussang liegt, läßt annehmen, daß die scharfe Maßregel der Regierung nicht ohne sorglichste Untersuchung erfolgt ist. Wenn diese Untersuchung zu dem Ergebnisse geführt hat, daß die Ausweisung als geboten angesehen wurde, so darf man wohl daraus schließen, daß sie Thatsachen ans Licht gefördert hat, welche ein milderes Vorgehen ausschlossen.

* * *

* Kaiser Franz Josef empfing vorgestern Mittag die Mitglieder der ungarischen Delegation. Die Rede, mit welcher der Kaiser die Ansprache des Delegationspräsidenten beantwortete, lautet in den Hauptsätzen wie folgt:

„Mit Befriedigung kann Ich es aussprechen, daß wir mit allen Mächten in durchaus freundlichen Beziehungen stehen. In vollem Einklange mit unseren Verbündeten erblicke Ich in der Erhaltung des europäischen Friedens die sicherste Gewähr für das Glück und das Gedeihen der Völker. Meine Regierung verfolgt dieses Ziel nicht aus dem Auge und es kommen uns auch von allen Cabinetten Versicherungen gleich friedlicher Bestrebungen zu. Zwar hat dies bisher noch nicht dazu geführt, die Gefahren der politischen Lage Europas zu beseitigen oder die allgemeinen militairischen Rüstungen zum Stillstande zu bringen, da aber das Friedensbedürfniß sich so allgemein und einmüthig bekundet, so erscheint die Hoffnung auf eine endliche Erreichung jenes Zieles nicht ausgeschlossen. Möge es Mir beschieden sein, Meinen Völkern die frohe Botschaft verkünden zu können, daß die gegenwärtigen Sorgen und Lasten des bedrohten Friedens ihr Ende erreicht haben.

Die Ihnen zur verfassungsmäßigen Behandlung zugehenden Vorlagen geben Zeugniß davon, daß Meine Regierungen mit größter Gewissenhaftigkeit die finanzielle Lage der Monarchie in Betracht gezogen und im Voranschlage für das stehende Heer und die Marine sich für das nächste Jahr auf die unaufschiebbaren und dringendsten Bedürfnisse beschränkt haben, wobei sehr wichtige Anforderungen der Heeresleitung vertagt werden mußten. In Bosnien und der Herzegowina zeigt sich in allen Zweigen des wirthschaftlichen Lebens eine stetig fortschreitende Entwickelung. Die eigenen Einnahmen dieser Länder werden somit auch im nächsten Jahre zur Deckung der Verwaltungskosten vollkommen ausreichen. Ich bin überzeugt, daß Sie Ihrer Aufgabe Ihre volle Einsicht und Hingebung entgegenbringen, wünsche Ihrer Thätigkeit einen gedeihlichen Erfolg und heiße Sie von Herzen willkommen.

Dem Präsidenten der Reichsrathsdelegation, welcher um 1 Uhr empfangen wurde, wurde auf seine Ansprache vom Kaiser eine analoge Antwort ertheilt.

* Die Stelle der Ansprache des Kaisers Franz Josef an die Delegationen, welche von den freundlichen Beziehungen zu den Mächten, den friedlichen Bestrebungen und dem allgemeinen Friedensbedürfniß handelt, wurde sowohl von den ungarischen als von den österreichischen Delegirten mit begeisterten Hochrufen aufgenommen, welche sich am Schlusse der Rede wiederholten. Dann hielt der Kaiser Cercle, wobei Graf Szapary die ungarischen, Graf Taaffe die österreichischen Mitglieder dem Monarchen vorstellte. Der Kaiser richtete an jeden einzelnen Delegirten huldvolle Worte.

* Das „Wiener Fremdenblatt" hebt den Passus der Thronrede hervor, in welcher der Kaiser den Wunsch auf den Anfang einer besseren Aera und den Schmerz über die neuen Anforderungen an die Opferwilligkeit des Volkes ausspricht. Daraus könne die Welt ersehen, daß der Friede keinen überzeugteren aufrichtigeren Freund besitzen könne als den Kaiser Franz Joseph. — Die „Neue Freie Presse" meint, die Thronrede weiche bei der Schilderung der Lage Europas von den jüngsten Erklärungen der italienischen und englischen Ministerpräsidenten ab. Die Thronrede erwecke das Gefühl des Ernstes der Lage in Europa und schränke dadurch den vielfach zu Tage tretenden unbegründeten Optimismus ein. Insofern sei die Thronrede aufrichtiger als die Reden di Rudinì's und Lord Salisbury's. — Das „Neue Wiener Tageblatt" sagt, die Thronrede verkünde neuerdings, daß Oesterreich-Ungarn von einem Friedensmonarchen regiert werde.

* Der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns, Graf Kalnoky, begeht am 21. November einen seltenen Gedenktag. Es werden zehn Jahre, daß er an die Spitze des Ministeriums des Aeußeren getreten ist, und seit dem Fürsten Metternich ist es das erste Mal, daß dieser Posten so lange in einer Hand verblieb. Graf Kalnoky hat aber nicht nur eine für österreichische Verhältnisse lange, er hat auch eine erfolgreiche Amtsdauer hinter sich, da der Friede in dieser Zeit trotz zahlreicher sich immer ernster und gefahrvoller gestaltenden Verwickelungen erhalten und der Einfluß Oesterreich-Ungarns im Dreibunde stets der gleiche blieb. Zur Zeit der bulgarischen Krise hat seine ruhige, nichts überstürzende Politik wesentlich zur Erhaltung der Ruhe auf dem Balkan beigetragen. Von ungarischer Seite wird eine parlamentarische Kundgebung zu diesem Jubiläum angeregt. Eine solche wäre um so bedeutsamer, als Graf Kalnoky in der ersten Zeit seiner Ministerschaft mancher Gegnerschaft in Ungarn begegnete, und die ungarische Delegation ihm noch vor drei Jahren ihr Vertrauen nur in sehr abgekühlter Art votirte. Daß die österreichischen Abgeordneten einer Ehrung nicht fernbleiben werden, kann als selbstverständlich angenommen werden.

* Das in der französischen Kammer mit einer Mehrheit von 32 Stimmen angenommene Vertrauensvotum für den Finanzminister Rouvier findet in der Presse eine verschiedene Aufnahme. Die opportunistischen Blätter betonen, daß die Majorität ausschließlich aus Republikanern bestanden habe, welche fest entschlossen seien, die Regierung gegen die Coalition der Radicalen, Conservativen und der Boulangisten